

Fluchtursachen: Die Lehre aus der Geschichte

Angesichts steigender Flüchtlingszahlen wird darüber diskutiert, die Fluchtursachen in den afrikanischen Herkunftsländern von außen zu bekämpfen. Doch dieser Glaube ist vor allem eines: naiv. Essay von [Bartholomäus Grill](#)

Gekenterte Schlauchboote, angeschwemmte Leichen, Menschen, die zu Tode erschöpft die italienische Küste erreichen. Das Mittelmeer ist in diesem Jahr endgültig zum Mare Monstrum geworden, zu einem Meer des Schreckens. Nach groben Schätzungen sind 2016 mindestens 5000 Menschen auf der Überfahrt nach Europa ertrunken, mehr denn je.

Und immer mehr Flüchtlinge und Migranten wählen diese Route, trotz des tödlichen Risikos.

Die meisten von ihnen kommen aus Afrika. Aus einem Erdteil, der in Europa als Bedrohung wahrgenommen wird, als K-Kontinent. K für Katastrophen, Kriege, Krankheiten, Korruption. 50 Millionen Afrikaner saßen auf gepackten Koffern, behaupten Rechtspopulisten. Solche Fantasiazahlen schüren in postfaktischen Zeiten die Ängste der Bevölkerung vor einer "Flüchtlingsflut", und die konfuse Migrationspolitik der EU verstärkt die allgemeine Verunsicherung.

Wir sollten uns viel mehr für das Schicksal unseres Nachbarkontinents interessieren, Afrikas Wohlergehen sei im Interesse Deutschlands, mahnt Bundeskanzlerin Angela Merkel und wiederholt ihr Mantra zur Lösung des Problems: Man müsse die Fluchtursachen bekämpfen, um den Migrationsdruck zu vermindern. Im Klartext heißt das: Die Afrikaner sollen bleiben, wo sie sind. Seit dem Beginn der Flüchtlingskrise haben Rettungsvorschläge für Afrika wieder Konjunktur.

Wie realistisch ist das?

Unter dem deutschen Vorsitz des Klubs der G-20-Staaten will die Kanzlerin den maroden Kontinent zu einem Schwerpunkt machen. Der angestaubte Club of Rome empfiehlt einen Marshallplan für die afrikanischen Staaten. Entwicklungshilfeminister Gerd Müller unterstützt diese Idee und fordert einen "neuen umfassenden Zukunftsvertrag" mit Afrika.

Solche Anläufe gab es immer wieder mal. Aber wer kann sich heute noch an die Nord-Süd-Kommission unter Willy Brandt oder an die Afrika-Initiative eines gewissen Tony Blair erinnern?

Alle wohlmeinenden Mammutpläne wurden schnell wieder zu den Akten gelegt. Oder sie sind gescheitert. Denn sie beruhten auf der schlichten Philosophie des Big Push: Viel hilft viel. Doch die auf insgesamt zwei Billionen Dollar geschätzten Entwicklungsgelder, die in den vergangenen 60 Jahren geflossen sind, haben wenig bewirkt. Warum sollte nun plötzlich gelingen, was seit Jahrzehnten nicht funktioniert?

Wirtschaftsexperten warnen vor einem Marshallplan nach amerikanischem Modell. Er habe Europa in einen Absatzmarkt für US-Firmen verwandelt, stellt Asfa-Wossen Asperate fest. Der deutsche Unternehmensberater mit äthiopischen Wurzeln befürchtet, ein derartiger Plan könnte Afrika mittelfristig mehr schaden als nutzen.

In den Niederungen der Realpolitik fallen die Rettungsinitiativen bescheidener aus: Merkels Regierung hat lediglich punktuelle Maßnahmen anzubieten, die mit Blick auf die nächste Bundestagswahl wohl eher zur Beruhigung gedacht sind. Die Kanzlerin will an der Macht bleiben, sie muss zeigen, dass sie nach dem stillen Abschied von der Willkommenskultur etwas gegen das Flüchtlingsproblem tut, kein anderes Thema wühlt die Bürger so sehr auf.

Die bevorzugte Medizin sind sogenannte Migrationspartnerschaften, Abkommen mit afrikanischen Staaten, die die Zuwanderung eindämmen sollen. Auf dem Beipackzettel könnte auch stehen: Wir zahlen, ihr haltet uns eure Armen vom Leib.

Der Deal mit dem türkischen Autokraten Recep Tayyip Erdogan zeigt, dass man mit solchen Abwehrebündnissen viel Geld verdienen kann - Ankara erhält bis zu sechs Milliarden Euro, um Flüchtlingen den Weg in die EU zu erschweren oder zu versperren. Niger, das wichtigste Transitland für afrikanische Migranten, bekommt für denselben Zweck bereits eine Budgethilfe aus Brüssel, insgesamt gut 600 Millionen Euro. Und schon fordert der nigrische Präsident eine weitere Milliarde. Flüchtlinge als Währung - ein profitables Geschäft.

Derartige Migrationspartnerschaften sind, genau betrachtet, nur eine Art vorverlagerte Grenzsicherung, an der sich korrupte Politiker bereichern. Im Falle Eritreas alimentiert man sogar eine Despotie, die Zehntausende Menschen aus dem Land treibt. So werden nicht Fluchtursachen bekämpft, sondern Flüchtlinge.

Überdies zeigen afrikanische Machthaber trotz gegenteiliger Beteuerungen wenig Interesse, die Abwanderung zu begrenzen. Denn die Rücküberweisungen der afrikanischen Diaspora - jährlich rund 58 Milliarden Euro - sind willkommene private Entwicklungsleistungen, die ihre Staaten entlasten. Zugleich werden sie dank Migration unzufriedene und rebellische junge Männer los.

Aber die sind in den Wohlstandsfestungen des Nordens unerwünscht. Grenzen dicht $\pm$, schreien dort nicht nur die Fremdenfeinde. Das Vorbild der Abschottungspolitik liefert der künftige US-Präsident Donald Trump, der elf Millionen illegale Einwanderer deportieren und eine gewaltige Grenzmauer zu Mexiko errichten will.

Wir scheinen vergessen zu haben, dass in Zeiten, in denen es Europa schlecht ging, 60 Millionen Menschen emigrierten. Dass die Geschichte der Menschheit auch eine Geschichte der Völkerwanderungen ist. Der Homo migrans, der umherziehende Mensch, sucht nach einem besseren Leben. Das wird so bleiben und sich durch extreme globale Ungleichheiten verschärfen. Man kann nur versuchen, diese Kluft einzuebnen und auf lange Sicht den Wohlstand zu globalisieren - das ist die eigentliche Jahrhundertaufgabe der Weltgesellschaft.

[...]

Nachhaltig helfen aber kann Afrika nur eine grundlegende Reform unserer Handels- und Entwicklungspolitik. Die EU müsste etwa die Abkommen mit dem trügerischen Namen "Economic Partnership Agreements" (EPA) überdenken. Denn in der jetzigen Form haben sie wenig mit Partnerschaft zu tun, im Gegenteil: Es sind aufgezwungene Freihandelsverträge, die es den Europäern ermöglichen, afrikanische Märkte mit hoch subventionierten Agrarprodukten zu überfluten. Den Schaden haben die einheimischen Bauern: Sie können gegen die Billigimporte nicht konkurrieren, verlieren ihre Lebensgrundlage - und brechen irgendwann Richtung Europa auf.

Sogar Günter Nooke, der Afrika-Beauftragte der Bundeskanzlerin, kritisierte die Handelsverträge: Sie sollten nicht kaputt machen, was man durch Entwicklungshilfe aufgebaut habe. Konsequenzen will man aus dieser Einsicht allerdings nicht ziehen, denn dann müsste man ja das globale Raubwirtschaftssystem und all die neoliberalen Glaubensdogmen infrage stellen, die viele Probleme erst heraufbeschworen haben.

Auch im Umgang mit afrikanischen Regimen, die ihre Länder plündern und Hilfgelder in großem Stil veruntreuen, wie im Südsudan, in der Demokratischen Republik Kongo oder Burundi, hat man nichts gelernt. Dabei gäbe es durchaus Druckmittel. Man könnte einem Vorschlag der Afrikanischen Union folgen und die enormen Summen konfiszieren, die Kleptokraten auf ausländische Schwarzkonten geschleust haben.

Nimmt man die Steuerbetrügereien multinationaler Rohstoffkonzerne hinzu, durch die Afrika pro Jahr geschätzte hundert Milliarden Dollar verlieren soll, wäre reichlich Kapital für große Aufbauprogramme vorhanden.

Ohne einen Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik werden sie allerdings scheitern. Afrikaner und Europäer müssen deshalb gemeinsam eine kohärente Strategie entwerfen, die die Fehler der Vergangenheit korrigiert. Zuerst bedarf es wirksamer Kontrollinstrumente, damit Machtcliquen in Ländern wie Simbabwe oder Nigeria die Hilfe nicht weiterhin missbrauchen.

Entscheidend aber ist: Entwicklung lässt sich nicht wie eine Impfkampagne exekutieren. Sie kann nicht von außen aufgepfropft werden, sondern muss von innen kommen, und junge Menschen sind dabei die wichtigste Triebkraft. Doch die meisten Regierungen Afrikas zerstören deren Zukunftschancen und sehen gleichgültig zu, wie junge Afrikaner massenhaft abwandern.

In der jetzigen Krise gab es keinen einzigen Migrationsgipfel der Afrikanischen Union, keine nennenswerte Anstrengung eines Staates, um den Aderlass zu drosseln.

Dabei könnten die Eliten Afrikas viel tun - wenn sie nur wollten. Zum Beispiel besser regieren, knappe Mittel gerechter verteilen, die Korruption bekämpfen, den innerafrikanischen Handel ankurbeln, ein stabiles Investitionsklima schaffen. Vor allem aber: das rapide Bevölkerungswachstum verlangsamen, denn es macht kleine Entwicklungsfortschritte schnell wieder zunichte und erhöht den Migrationsdruck.

Schon im Jahr 2050 werden in Afrika voraussichtlich 2,4 Milliarden Menschen leben - doppelt so viele wie heute. Bei ungebremsster Zunahme der Bevölkerung ist es noch keinem Land gelungen, sich aus der Armut zu befreien.

Diese Lehre aus der Geschichte hat man in Afrika noch nicht gezogen oder will sie nicht ziehen. Die meisten Regierungen scheinen sich lieber an die Botschaft des "Monuments der afrikanischen Renaissance" zu halten. Das gigantische Denkmal am Rande der senegalesischen Hauptstadt Dakar stellt eine afrikanische Familie dar, die in den Norden schaut: Denn dort liegt ein Paradies namens Europa, dort ist die Zukunft.

Quelle: Der Spiegel, Mittwoch, 04.01.2017

Kenia: Wie fair ist der faire Kaffee-Handel?

An der Kaffeebörse in Nairobi werden Millionen umgesetzt. Ein Riesen-Geschäft. Vor allem für die Handelshäuser aus Europa und den USA. Denn kenianischer Kaffee ist gefragt.

Fairtrade soll auch den Kleinbauern helfen, ihnen ein gutes Einkommen sichern. Peter Njunge hat gerade mal eineinhalb Hektar. Schon sein Vater hat hier Kaffee angebaut. Doch die Zeiten haben sich verändert. Für ein Kilo frisch geernteter Kaffeeirschen bekommt er heute zwanzig Cent. Früher waren es doppelt und dreimal so viel.

Peter Njunge, Kaffee-Bauer

»Man sagt uns, das liege am Weltmarkt. Es gebe einfach zu viel Kaffee. Aber wie sollen wir unsere Rechnungen bezahlen. Uns laufen doch die Kosten davon. Faire Löhne, die Fairtrade von uns verlangt, sind da kaum drin.«

Blüten und Früchte am selben Strauch sind nicht ungewöhnlich. Die Ernte geht über zwei bis drei Monate. Esther Njeri arbeitet als Pflückerin und bekommt einen Stundenlohn von 50 Cent.

[...]

Esther Njeri, Lohnpflückerin

»Auf den großen Plantagen richtet sich der Lohn nach dem Gewicht. Da verdient man auch schon mal drei Euro am Tag. Auch das reicht kaum zum Leben. Aber was sollen wir machen? Irgendwie muss man seine Familie ja ernähren.«

Mit Hilfe von Fairtrade haben sich im kenianischen Hochland mehrere hundert Kleinbauern zu einer Kooperative zusammengeschlossen.

In Zentner schweren Säcken schleppen sie den Kaffee zur Verarbeitung in eine gemeinsam betriebene Fabrik.

Jeder Sack wird einzeln gewogen und den Kleinbauern auf einem Fairtrade-Konto gutgeschrieben. Das Siegel garantiert ihnen einen Festpreis. Das macht sie weniger abhängig von Geldverleihern und Zwischenhändlern .

In der Kooperative werden die Kaffeeirschen entkernt, gewaschen und getrocknet.

Erst durch die gemeinsame Verarbeitung haben die Kleinbauern überhaupt eine Chance gegen die großen Plantagenbesitzer. Letztlich hängt alles vom Preis ab.

Der wird 50 Kilometer entfernt, an der Kaffeebörse in Nairobi festgesetzt. Einmal pro Woche treffen sich hier die Vertreter der großen Handelshäuser und Röster. Es sind vor allem die Weltmarktführer, die bei der Versteigerung der neuen Ernte Gebote abgeben.

Ganz einfach per Knopfdruck.

Die Preise für Kaffeebohnen bewegen sich wie Fieberkurven. Mit starken Ausschlägen nach oben – aber noch viel öfter nach unten.

Neunzig Prozent des kenianischen Kaffees werden zum Tageskurs ersteigert. Nur für Fairtrade-Kaffee gibt es einen Festpreis- knapp über dem Weltmarkt-Niveau.

Daniel Mbithi, Präsident der Kaffeebörse

»Die meisten Händler interessiert allein die Qualität des Kaffees. Wie groß sind die Bohnen, wie ist ihr Aroma? Fairtrade-Kaffee ist eine Marktnische, mehr nicht. Die großen Handelshäuser fragen nicht nach sozialen Standards oder fairen Löhnen. Sie schauen allein auf die Qualität des Kaffees.«

Dorman ist eines der wenigen kenianischen Unternehmen, das Kaffee auf eigene Rechnung exportiert. Die Ernte kommt von großen Plantagen, zum Teil auch von Kleinbauern. Aber nicht die Konkurrenz untereinander macht ihnen zu schaffen, sondern der gesunkene Weltmarktpreis. Der drückt auch die Löhne.

Die Frauen, die hier den Bruch aussortieren, verdienen weniger als einen Euro pro Stunde. Auch Kaffee mit dem Fairtrade-Siegel wird verarbeitet. Doch die Gewinne werden nicht in Afrika, sondern in den Industrieländern gemacht – vor allem in den Röstereien. Erst dort vervielfacht sich der Wert der Bohnen, mit denen das große Geschäft beginnt.

Dorman versucht es selbst mit einer kleinen Anlage. Die frisch gerösteten Bohnen sind jedoch nur für den Markt in Ostafrika. In Europa haben die großen Konzerne den Finger drauf.

Kenianischer Kaffee ist weltweit begehrt, auch in Deutschland. Wegen seines besonderen Geschmacks und Aromas.

Geoffrey Malika, Kaffeetester

»Erst bei frisch gerösteten Bohnen entfaltet sich das volle Aroma. Das ist das, was die Kunden wollen. Und nur die richtige Verpackung kann dieses Aroma erhalten.«

Für Vakuum-Verpackungen braucht man teure Maschinen. Die können sich in Afrika nicht viele Firmen leisten.

So bleibt nur der Export von rohen Kaffeebohnen.

Der Zoll darauf ist extrem niedrig, für gerösteten Kaffee um ein Vielfaches höher. Es ist das alte Muster: Die Herkunftsländer liefern den Rohstoff, die Industrieländer sichern sich Wertschöpfung und Gewinne.

Ken Teyle, Verkaufsmanager, Dorman

»Es gibt viele Beschränkungen. Wenn wir zum Beispiel Kaffee nach England liefern wollen, müssen wir Herkunfts- Zertifikate und Inhaltsanalysen vorlegen. Bei kleinen Liefermengen geht das ins Geld. So dass wir gemessen am Kilopreis sagen müssen: Unser Kaffee ist zu teuer.«

Fairer Handel sieht anders aus. Fair wäre es, wenn Afrika seinen Kaffee selbst rösten, verpacken und vermarkten könnte.

Und das Fairtrade-Siegel? – Es bringt den Kleinbauern ein paar Cent zusätzlich. Nicht viel mehr als ein Almosen.

Quelle: <http://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/weltspiegel/sendung/wdr/weltspiegel-19012014-100.html>